

**Geheimt täglich**  
nach dem...  
Abonnementpreis monatlich 60 Pf. vierteljährlich 1.80 Mk. jährlich 3.60 Mk. Porto bis Juli 1909 1.00 Mk. inkl. Postgebühren.

**Die neue Welt!**  
(Wochenblatt) durch die Post nicht bezogen, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pf.

Verlag Dr. 1047, Leipzig, Buchhandlung, Buchhandlung, Buchhandlung.



**Insertionsgebühr**  
besteht die die 6 gelassenen...  
für eine Zeile...  
Inhaltsverzeichnis...  
Einsetzen von die...  
Postzustellungs...

**für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.**

Expedition: Harz 42/43. Redaktion: Harz 42/43.

**Der Raub vollendet!**

**Reichstagsabschluss und Kanzenwechsel.**

Die Entscheidung, die längst nicht mehr zweifelhaft war, ist am Sonnabend im Reichstag gefallen. Die schwarze Finanzreform ist Gesetz. Nur eine organisierte Widerkraft, unternehmen von der gesamten, die Mehrheit der Wähler vertretenden Opposition, hätte dieses Ergebnis verhindern können. Eine kleinere Gruppe hätte aber bei dem gegenwärtigen Stande der Geschäftsordnung auch durch Anwendung der äußersten Mittel nicht mehr als eine hinausgerückte des Unvermeidlichen um wenige Tage zu bewirken vermocht. Die bürgerliche Linke war nicht geneigt, einen Bloß des Widerstands von Wassermark bis Weibel zu forcieren, - sie zog es vor, sich einer Mehrheit zu beugen, zu der sie zwar selbst nicht gehört, die sie aber durch ihre Taktik bei den letzten Reichstagsarbeiten zu schaffen geholfen hatte.

So ist sehr rasch die große Entscheidung gefallen, die manche unreflexive Gemüthsart gibt, noch viel mehr aber im Ungewissen läßt. Gemüthsart ist, daß die Lebenshaltung der breiten Massen abwärts verteuert wird. Entbehrliche und unentbehrliche Lebens- und Genussmittel, Tee, Kaffee, Bier, Branntwein, Tabak, Zündhölzer, Glühkörper, werden teils sofort, teils später im Preise steigen, auch werden die zahlreichen Verkehrssteuern bis zu einem gewissen Grade verteuert auf die allgemeinen Produktionskosten. Minderung des Verbrauchs, Produktionsbeschränkung, Arbeitslosigkeit droht mehr als einem Gewerbe. So genügt aber diese allgemeine Schädigung des Volks ist, so ungenügend ist, ob die beschlossenen Steuern zur Deckung des ungeheuren Bedarfs von 600 Millionen ausreichen werden, oder ob dieser Finanzreform nicht bald wieder eine andere folgen wird.

Gemüthsart ist, daß die agrarische Rechte des Reichstags einen gemäßigten Sieg errungen hat. Herr v. Heydebrand hat in seiner Staatsrede dem Sonnabend unter dem frühlichen Gelächter seiner Freunde erklärt, daß es niemals eine liberale Aera geben werde, die von konservativen Kräften gestützt wird. Was aber war die vergangene Blodzeit anders als eine von liberalen Kräften gestützte konservativ Aera? Als der Bloß aufzuführen wollte, ein Herrschersinstrument der Junkerklasse zu sein, warf man ihn verächtlich beiseite und trat dabei, ohne Abzicht, wie man versichert, also nur so ganz nebenbei, einen Kanzen an den Kopf. Herr v. Heydebrand ist nicht ohne Mißbill für den armen Kehl, aber mußte er gerade den Kopf hinhalten? Gütte er es nicht wie der vorjährige Herr Sadow machen können, oder der noch vorjährige Herr v. Bethmann, die heute so munter sind wie die Sperlinge nach dem Genitter? Vollkommener konnte der Sieg der Schwarzen gar nicht werden, durch den Sturz des Kanzen und die Überführung seiner bisherigen Vetrenen in die konservativ Kriegesgefangenschaft wird er doppelt geteilt. So hat aber nun auch heute der Ausfall des konservativen Agrarblocks, der Sieg des linken Landes und des Entschloß über die Stadt und das Land vor Augen steht, so sehr ist die künftige parteipolitische Entwicklung ins Angezogene gestellt. Trotz aller Tendenzen zum allgemeinen antisozialdemokratischen Zusammenstoß hat sich einzuweisen die Kraft zwischen den bürgerlichen Parteien ganz außerordentlich verbreitert. Der Liberalismus, der durchaus nicht gegen rechts kämpfen will, wird von der Rechten zu immer neuen Kampfschritten; zu seinem lebhaftesten Entgegen findet er sich dabei an die Seite der Sozialdemokratie gedrängt. Auf der anderen Seite sind alle demokratischen und sozialpolitischen Elemente, mit denen das Zentrum sonst Gimpel zu fangen pflegte, mit einmalem verschwunden, und die Partei des „christlichen Geistes“ wetteifert an reaktionärer Brutalität mit dem verstoßtesten oberbühnen Junker.

Unter den Parteien des Reichstags, die zwischen der äußersten Rechten und der äußersten Linken die breite Mitte füllten, hat bisher nicht Kampf, sondern Schmutzkampfung gebrüht. Man lief um die Rechte um die Gunst der Mächtigen. Dieses Zentrum parlamentarischer Korruption, der schlimmsten vielleicht, die es gibt, hat durch den Sturz Wilsons einen schweren Stoß erlitten. Der Liberalismus, der bisher glaubte, es genüge, den Mäkten vor einem Winkler Kraum zu machen, um Regierungspartei zu sein, steht sich in empfindlicher Weise eines anderen bedarft. Der kommende Mann, wer er auch sei, wird nicht, wenigstens nicht so bald, auf die bürgerlichen Parteien den Einfluß nehmen können, den Wilton auf sie ausübte. Denn mit Bernhard Wilton, das darf man nicht vergessen, verschwimmt ein Mann von der politischen Bühne, der in manchen spielerischen Mäkten, wenn auch nur in den Kleinigkeiten und Kleinigkeiten, ein Meister war.

Am Dienstag soll der Reichstag bis zum Spätkerchfest fortgeschickt werden. Dann kommt auch Wilhelm II. einmal nach Berlin, um seinen neuen Kanzen zu erkennen. Auf Monate verschwinden beide als bekannnten, freundschaftlich oder feindschaftlich vertragenen Gestalten aus dem politischen Leben des Reichs, und im leeren Raum verbreitet sich drückendes Dunkel, lärmende Ungeheuerheit.

Die sozialdemokratischen Arbeiter sind aber keine Kinder, die sich im Hintern krummen. Die Sozialdemokratie hat im Reichstag einen guten Kampf gefämpft, sie wird ihn jetzt im Besonderen mit verdoppeltem Eifer weiter führen. Sie ist der einzige Faktor der deutschen Politik, der in allen launischen Veränderungen der Situationen in fester Festigkeit beharrt, den sein

**Boldverrat, kein Umsatz, kein Wortbruch besteht.** Solche Eigenschaften wird das Volk desto besser zu schätzen wissen, je seltener sie werden. Ihre Kampf gegen die Politik der kapitalistischen Parteien ist klarer denn je. Die Sozialdemokratie führt diesen großen Kampf in der Bewusstheit ihres endlichen Sieges.

**Die entscheidende Sitzung.**

Aus dem Reichstags tag wird uns geschrieben: Am Sonnabend war im Reichstags das, was man schmerzhaftig einen großen Tag nennt. In Wirklichkeit fand der sogenannte große Tag ein erdärmlich kleines Geschehen vor. Nur zwei Vorgänge ragten über das Durchschnittsmäß hinaus, die freche Kriegserklärung der Raubritter durch den Mund des Seydelbrand an Proletariat und Demokratie und die wichtige Erwiderung dieser Kriegserklärung durch den Genossen Singer. Allenfalls verdient noch eine gewisse Beachtung die von guter Schulweise ausgehende Art und Weise, mit der Junker von Vertling durch etwas bessere Schulbildung von den oberbühnen Schwärzern angegesehen, die Teilnahme des Zentrums am Justizblock begründete. Alles andere war mehr oder minder flüchtig; die unterwürfige Erklärung des angestarteten Behauptungsweges, die Jeremiahe der postkonkurrenzliberalen Heber über die entschundene alte Blodherrlichkeit, das Wimmern Biewers über den Umgang des großen Wilton, das täppische Geschwafel Naabs, das Schwärzen des millionenschweren Reichspräsidenten Dittien und das lächerliche Selbstlob des Schlagschlaghupfings Gariniski. Wir wissen's jetzt, das Resultat der Hottentotten- und Dornburgwahlen des Jahres 1907 ist der Entzug des Zentrums als aufstrebende Partei durch die Konservern. Die parlamentarische Organisation der Raubritter hat die Möglichkeit einer Doppelmajorität in der Hand, kann sich je nachdem mit der Jesuitenpartei und der Schlagschlag zum Justizblock oder mit dem noch lange nicht durch Schritte zur Selbsthaltung befähigten Liberalen zum Hottentottenblock vereinigen. Da trotz alledem und alledem das jesuitische Zentrum kaum so zukunftsreichlich ist, wie das parlamentarische Geblüde aus Ostbühnen Geblüden, so ist der Reichstags, mit dem Wilton durch einen ungewöhnlichen Schwund das deutsche Reich bedrängt hat, das allergrößte Gebilde parlamentarischer Schwulst. Eine gerechte Remeis ist es, die den Kanzen der Rombe und der Raubritter der den Reichstags unter dem Jubel der Liberalen, dieser politischen Säuglinge der unumschränkten Herrschaft unterwarf, mit Schwupf und Schwande aus dem Amte scheiden ließ, weil ihn eben dieser Junkerreichstag adios zur Seite geht. Und dann kommt das Wimmern und heult wie ein Schloßhund über das Ende des reaktionären Kommodiantenkanzlers. Da loben wir uns noch den Müller-Meinigen, der durch den Justizblock vom Kauf des Hottentottenblocks Janier wurde ist!

Tabak, Bier und Branntwein waren am Freitag endgültig verteuert worden. Am Sonnabend folgten Kaffee, Tee und Zündhölzer. Zum Trotz dafür, daß er alle kleinen Genussmittel teurer bezogeln muß, bekommt der deutsche Staatsbürger die Erlaubnis, auch die Zucker- und die Rohrzuckersteuer fürderhin in gleicher Höhe zu bezahlen. Den Arbeitern eröffnet sich die liebliche Aussicht, auch noch für Willets dieser Güte einen Extrabonus zu bezapen und den großen Gemeinden wird die Begnähme der Zuwachssteuer in freundschaftlicher Aussicht gestellt. Nebenbei züchtet der Justizblock noch ein bißchen die Wörse beifür, daß sie auf dem Dornburgstein des Hottentottenblocks geschoben ist. Den Wäldern aber wird ihr freundschaftliche Mitarbeit die ungeschwächte Fortsetzung der Romanen angeblüh.

Am Montag denkt der Justizblock sein Werk bei Schwande durch Verat an Mittel- und Unterbeamten und an den armen Soldaten würdig zu krönen. Das allgemeine Wahrheit aber wird diese eben Herrschaften am Tage der Maß und Vergeltung auf den politischen Rechtschiffen dersel.

**Das Rasen des schwarzen Bloß.**

Die galoppierende Steuererhöhung des Reichstags findet selbst sich nicht in bürgerliche Kreise hinein keine bewundernswürdige Anerkennung. So schreibt die Hoffische Zeitung:

„Es ist ohne Beispiel in der Geschichte eines Staatswesens, daß 500 Millionen Mark neuer Steuern auf einmal bewilligt wurden. Gleichwohl war dazu die Mehrheit des deutschen Volks bereit, auch die Parteien der bürgerlichen Linken waren es. Gleichfalls ohne Beispiel, und dieser Umstand gerade der deutschen Nation ebenso zur Ungehe wie die Steuerwilligkeit zum Ausweis, ist in aller Welt eine Verhandlung, wie sie die Steuererhöhung in den jüngsten Wochen und Tagen erlähren haben. Man hat dem Kaiser oft seine impulsive Natur zum Vorwurfe gemacht. Er ist jetzt vom Gefolgege weit übertrumpft worden. Und es ist gefährlicher, impulsiv Gehe zu machen, als einen impulsiven Keimfrosch auszubringen. Ein Mitglied des schwarzen Bloß hat einen Einfall; sofort wird ein Entwurf daraus; der Entwurf wird angenommen, geändert, wieder angenommen, nochmals umgeworfen, grüßgeogen, durch einen neuen Einfall ersetzt — die Nation wird erst mühsam studieren müssen, um zu ergründen, was eigentlich in dritter Lesung des Reichstags beschlossen und der Bundesrat im voraus genehmigt hat. Und bei der Ausführung und Auslegung werden sich Widersprüche über Widersprüche, Unstimmigkeiten über Unstimmigkeiten ergeben, ganz gegenseitig, die Gefegungsfunktion in Berlin zu bringen.“

**Parlamentskrise in Oesterreich.**

Die Obstruktion der agrarischen Kreise gegen den Handelsvertrag mit Rumänien hat zur Schließung des Reichstages geführt. Die sozialdemokratische Fraktion erklärt einen informierenden Aufruf über die Lage, in dem es nach Aufzählung der wichtigen verbindlichen Arbeiten heißt:

So barren des Parlaments wichtige Arbeiten, die im Interesse des arbeitenden Volkes hätten geleistet werden müssen. Und in diesem Augenblick haben die tschechischen Agrarier und die slowenischen Agrarier mit der Obstruktion begonnen und dadurch zur Freude der hochheulenden Feinde des gleichen Wahreites jede Arbeit im Parlament unmöglich gemacht!

Wir haben nicht Obstruktion gemacht, als der Regierung ihre Steuern und ihre Rekruten bewilligt werden sollten. Als aber die Handelsverträge, die Aufhebung der Getreidezölle, die Sorgen armer Bauarbeiter, Sanftmütigen und Handelsreisende, die Ordnung der Petroleumindustrie beraten werden sollten, haben sie mit hundert Dringlichkeitsanträgen alle Arbeit im Parlament verhindert! Keine Obstruktion gegen die Regierung, aber Obstruktion gegen die Volkserforderungen, — das ist die Politik der tschechischen Agrarier und der slowenischen Agrarier, und diese Politik haben auch die tschechischen Radikalen, der Außenentwurf und die Polnische Volkspartei unterstützt!

Wir haben verlangt, daß endlich während des Sommers der Sozialversicherungsansatz fleißig arbeite, damit im Herbst das Abgeordnetenhaus die letzte Hand an das große Werk legen könne. Aber auch diese Arbeit ist durch die liberalt-agrarische Obstruktion verhindert worden!

Die Schuld an diesem Verbrechen tragen zunächst die Agrarier. Das Parlament es sie, daß Kaufleute von Arbeitern die unerschwinglich teuren Lebensmittel nicht mehr kaufen können, daß die durch die agrarische Abscherrungspolitik eingeschränkte Industrie tausenden Arbeitern keine Arbeit geben kann? Sie wollen nicht, daß Fleisch aus Rumänien eingeschafft werde, damit die Vieh- und Fleischpreise noch weiter steigen; sie wollen nicht, daß die Getreidezölle aufgehoben werden, damit sie die Preise des Getreides und des Weizens noch weiter in die Höhe treiben können. Darum haben sie die Arbeit im Parlament verhindert! Gegen billiges Brot und billiges Fleisch haben sie obstruiert!

Die Regierung hat es anfangs verjagt, den Agrarieren die Zustimmung zu den Handelsverträgen abzuhauen. Für hunderte Schindler, für die Spitäler unserer Kranken, für unsere Witwen und Waisen, für unsere Arbeitslosen hat der Staat kein Geld — den Agrarieren aber hat man für alle möglichen Subventionen und Krämien die unerschwinglich Millionen Kronen angeboten, damit sie gnädig gefänden, daß das Parlament die Handelsverträge annehme. Aber auch das war den überbitterten Wortwörterern nicht genug; das Geschäft ist nicht perfekt geworden. Darum muß das Volk auf die Erfüllung seiner Forderungen warten!

Arbeiter! Wähler! Wir Sozialdemokraten glauben unsere Pflicht getan zu haben, Deutsche und Tschechen, Polen, Russen und Italiener, sind eure Abgeordneten tren und einzig zusammengehörig gegen die Volkseinde auf der Regierungsbank wie gegen die Volkseinde auf den Banken der Abgeordneten, gegen die Lorbeer bis links wie gegen den Wahnsinn von rechts, gegen die industriellen Schurkinnen wie gegen die agrarischen Wortwörterer. Aber wir bilden nur ein Geblüt des Parlaments! Unser Veruch, das Parlament zu fruchtbringender Arbeit zu bringen, ist an dem Widerstand der Regierung und an der Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien gescheitert.

Die bürgerlichen Parteien haben sich als unfähig erwiesen, diesen Staat zu regieren!

Hilfe kann uns nur werden aus den Reihen des arbeitenden Volkes selbst.

Ihr müßt das ganze Volk erlernen lehren, daß nur eine Partei den Kampf führen kann gegen die agrarische Wucherpolitik! gegen die Fortförer des Parlaments! gegen die volkseindliche Regierung!

Sammelt euch unter der roten Fahne zum Kampfe für Brot und Arbeit für das Recht unserer Greise und Krüppel, für der freien Wähler freien Mund: Hoß die internationale Sozialdemokratie!

Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten im Österreichischen Reichstag.

**Politische Uebersicht.**

Halle a. S., 12. Juli 1909.

Der Mann im Souffleurkasten.

Die Konservern und selbst jetzt noch unentwegt blodtrotzen Gegenboten amüßern sich damit, jede Woche abwechselnd die Aufstehungsmittel der verdrachten Blodtrotzen auszugeben. Vor 14 Tagen waren die Konservern dran, vorige Woche die Liberalen und jetzt zur Abwechslung mal wieder die Konservern. Von ihnen erzählt das konservativste Blatt:

„Ein echter Konserver, der als Debattier gelangt, ist eine Seltenheit... Der letzte Bühler der Reaktion verließ nach Erklärungen, ist in der Debatte einseitig ungeschick...“



Schlichter durch das neue Gewerkegesetz wohl möglich sei, wenn Gewerkschaften jetzt bereits eine indirekte Steuer von 30 Mark pro Schlichter erheben. Auf telephonischer Anfrage beim Gewerkschaftssekretariat in Hannover wurde dem Genossen Drey bestätigt, daß das Gewerkschaftsamt nicht ein Recht abgeben hat, bei dem es hier in eigener Regie verhandelt. Inwiefern kann das Gewerkschaftsamt nicht 30 Mark für einen Schlichter hier gefordert haben. Herr Drey hat also wieder einmal geschwieben.

**Schlichter durch die Gewerkschaften durch das Gewerkegesetz.** Die Schlichter des Reichs erließen am 30. Juli eine Beschlussempfehlung, welche die Mittelbehörde für den Arbeitgeberverband. Mangels halber müssen wir die Darstellung dieses neuesten Falles der Berührung der Gewerkschaften für die nächste Nummer zurückstellen.

**Was gehen von insonderheit Kreisen.** Mittwoch den 7. Juli wurde von dem Schlichteramt in Halle a. S. in dem für insonderheit Landtagsabgeordnete. Landgerichtsdirektor Böhmer in Stargard, wegen Verletzung des früheren antisemitischen Abgeordneten und damaligen Kreisratsmandatanten, Buchdruckereibesitzer Kröll, zu 150 Mk. Strafe von 30 Tagen Gefängnis verurteilt; auch wurden ihm sämtliche Kosten auferlegt. Die Verurteilung war in einem z. B. der Wahlen von Konstantinopel Seite verbreiteten Flugblatt enthalten, das von Schriftführern timmette. Kröll, der dieses Flugblatt als unfähig bezeichnet, wurde von der Widerlegung freigesprochen. Vorher hatten viele Richter angehängt wegen Belangheit die Urteilsfällung abgelehnt, da Böhmer ihre Vorgesetzte sei.

### Rußland.

#### Väterchen's Verbandsbande.

Der heilige Synod hat an alle Bischöfe ein geheimes Zirkular geschickt, in dem der Geistlichkeit im Hinblick auf die bevorstehenden kirchlichen Enthüllungen über den Verband acht ruffischer Leute eine möglichst unumfassende Liquidation der Beziehungen zum Verbands nachgefragt wird. Der Synod erachtet einen weiteren Verbleib der Mitglieder im Verbands für unmöglich, nachdem der Präsident des Verbands wegen Verstoßes der Teilnahme an einem Morde vor Gericht angeklagt sei.

Die Waffen müssen sich beruhigen; Väterchen's feile Blutlust wird den edel russischen Mann schon freisprechen!

### Portugal.

#### Erwachen der Arbeiterklasse.

Das Personal des Elektrizitätswerks von Oporto hat den Generalstreik beschlossen, bis ihm eine Lohnserhöhung genehmigt wird. Die Bevölkerung ist den Streikenden günstig gesinnt.

### Türkei.

#### Im Kreis.

Nach Meldungen aus Konstantinopel sollen die führenden türkischen Kreise entschlossen sein, den Krieg gegen Griechenland zu erzwängen, falls sie in der Kretafrage keinen diplomatischen Erfolg erzielen können. Auch die militärischen Vorbereitungen werden eifrig fortgesetzt.

### Perlien.

#### Erfolge der Revolutionäre.

Zwischen persischen Soldatentruppen und den Kasidiner Revolutionären fand Sonntag nachmittag ein Artilleriegefecht statt, bei dem die Truppen des Schahs aus ihrer Stellung zurückgedrängt wurden. Die Verluste sind gering, doch konnten die Revolutionäre näher an Teheran heranzücken.

## Aus der Partei.

**Sam Vertreten.** Als Vorsitzender des Wohnungsausschusses fungiert Genosse Buktaus Dörfler, Leipzig-Blasewitz, Weisenfelderstraße 9. Die Delegierten werden gebeten, sich vorher unter Angabe ihrer Adresse in Leipzig anzumelden und anzugeben, welchen Preis sie für ein Zimmer wünschen. Die Delegierten kann nach der Annahme auch das Orientierungsmaterial zugehen, das wertvoll ist, weil in Leipzig mit 5 Wohnhöfen zu rechnen ist.

**Wie die Justiz Recht spricht.** Wegen Verletzung des Reichsverbandes Reichardt in Berlin wurde Genosse A. Sommer von Stettiner Volkshaus zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die Verurteilung fand das Gericht in einem Bericht über eine in Potsdam abgehaltene Versammlung, in der A. gesprochen hatte. Die Beurteilung erfolgte, obwohl die betreffende Partei unter „Lokales-Provinzialies“ stand und angegeben war, daß für diesen Teil der Redakteur Weichelt verantwortlich ist. Das Schöffengericht erklärte einfach, trotzdem der Beschäftigte offen auf der Hand lag, daß es bei Feststellung der Verantwortlichkeit nicht auf die formelle Einteilung einer Zeitung, sondern auf den Inhalt der inkriminierten Partei ankomme. Diese ganz unhaltbare Entscheidung wird in der Beurteilungsinhalt zweifellos umgeworfen werden. Denn die rechtliche Konsequenz des Urteils wäre, daß Genosse Weichelt ein Weisheitsmaßwerkverfälscher in allen den Prozessen bestrafen müßte, in denen er wegen Verletzung politischen Inhalts, die unter „Lokales“ standen, verurteilt worden ist.

**Wannas.** Der angehende Techniker, auch Maltröte, Ernst Carlson zieht in Deutschland herum und brandigste Parteigenossen und russische Studenten, wobei er erlogene Angaben macht. Ernst Carlson stammt angeblich aus Olai bei Riga, ist ein mittelgroßer Gestalt, hat längliches Gesicht, große entzündete Augen, blondes Haar; er trägt ein randloses Ärgelkleid und fällt durch einen goldenen Summantel aus. Das Gesicht „Arbeitsfeld“ dieses Schwindlers war Berlin. Wir warnen hiermit alle vor ihm.

Der Generalsekretär der belgischen Sozialdemokratie hielt am Mittwoch eine Sitzung ab, in der einige wichtige und interessante Angelegenheiten verhandelt wurden.

Gegen die Wadenschaft des Senats, der drauf und dran ist, die Regelung der Arbeitszeit für die Bezugsarbeiter (Knechtentag), wie sie von der Kammer beschlossen worden ist, illusorisch zu machen, wurde eine gefahrlose Resolution beschlossen, die alle Arbeiterorganisationen des Senats zu energiegelassen Demonstrationen wider die parlamentarische Haltung des Senats aufruft. (In Soborn wurde eine recht unangenehme Angelegenheit verhandelt. Am 16. Juni d. Z. stand in der Kammer die Frage des Weisheitsrechts bei Maltröte auf der Tagesordnung und wurde abgelehnt. Es schloß sich eine sozialdemokratische Abgeordnete. Die Entscheidung der G. stand dem Senats. Carrot und Leonard konnte als beständig entgegengekommen werden, dagegen wurden die Erklärungen der Genossen Crolet, Fumetout und Meymans als nicht genügend erachtet. Nach einer lebhaften und ausgedehnten Debatte über die Angelegenheit kam eine Resolution vanderwele zur Annahme, die das Weisheitsrecht über das Weisheitsrecht anspricht und es den in Betracht kommenden Parteimitgliedern anheim stellt, sich je nach Lage des einzelnen Falles mit den betreffenden Abgeordneten auseinanderzusetzen. Weiter

dem wurde der Beschäftigte, in Zukunft in den Parteigenossen die Namen derjenigen Abgeordneten zu veröffentlichen, die bei namenhaften Bestimmungen gefehlt haben.

## Aus den Nachbarstaaten.

### Mannfelder Kreise.

Die diesjährige Hauptversammlung (Kreistag) des Sozialdemokratischen Vereins findet am Sonntag, den 1. August, vormittags 10 Uhr vormittags an im Bürgergarten in Schöpsen statt. Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Agitation und Organisation.
3. Presse.
4. Der neue Organisationsentwurf der Partei.
5. Vereinstag und Bezirkskongress.
6. Nachfragen.
7. Anträge.

Die Genossen wollen die Delegiertenwahlen nach dem bekannten Regalativ vornehmen. Anträge sind möglichst bald einzubringen.

Mit Parteigrüß!

Der Vorstand.

### Wahlkreis Wittenberg-Schweinitz.

Der diesjährige Kreistag findet am 8. August, vormittags 11 Uhr, in Wittenberg in Freiendurgs Hof statt.

#### Tagesordnung:

1. Bericht der Kreisleitung und der Vertrauensleute.
2. Presse.
3. Organisation und Agitation.
4. Wahl der Kreisleitung.
5. Organisationsstatut (Anträge dazu).
6. Kommunales.
7. Bezirks- und Vereinstag.
8. Anträge und Beschlüsse.

#### Die Kreisleitung.

J. A. Wilb. Freiendurg.

Anschließend hieran, möchten wir die Vertrauensmänner der einzelnen Orte auffordern, dafür zu sorgen, daß möglichst an allen Orten Delegierte erscheinen. Ebenfalls wollen wir darauf hinweisen, daß die Delegierten ihre Reise so einrichten, daß sie um 11 Uhr amvond find und da der Kreistag pünktlich eröffnet wird.

#### Die Kreisleitung.

### Ein „Kassamer“ Kommer.

Die Magdeburger Kassenkasse berichtet: Kommandant Magdeburg ist am 12. Februar der Polizeikommissar Karl Cernow wegen Unterschlagung im Amte zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er war 12 Jahre beim Militär, wurde dann Polizeibeamter in Hildburghausen und später in Staßfurt. Seit 1896 war er in Magdeburg angestellt und in letzter Zeit ist er nach Dömitz versetzt worden. Im Jahre 1905, als er nach in Magdeburg war, wurde eine Vertreterin der kassischen Kasse verhaftet, welche 6000 Mk. in bar und ein Sparkastenschein über 5000.00 Mk. im Besitz hatte. Diese Gelder wurden in amtliche Verwahrung genommen, weil man unethischen oder genauer gesagt, strafbaren Erwerbs vermutete. Das Dömitz, eine gewisse A., mußte jedoch entlassen werden, da nicht nachgewiesen werden konnte, daß er die Angeklagte erbielt den Auftrag, ihr Geld und Buch gegen Quittung zurückzugeben. Als er das Geld aufgegeben hatte, fragte er sie, ob sie nicht lieber 700 Mark als Ration zurücklassen wollte, das heißt zur Sicherheit dafür, daß sie sich nicht verzogen halten würde. Die D. überließ ihm darauf 700 Mk. und es fehlte ihr eine Quittung aus. Das Geld verbrachte der Angeklagte für sich.

Später, am 28. November 1905, wurde die D. in Dresden abermals verhaftet. Man fand bei ihr die famose Kassationsquittung des Angeklagten und besitzte sie, sie an seine höhere vorgelegte Behörde in Magdeburg zu senden. Als der Angeklagte hiervon Kenntnis erhielt, ließ er sich schnell von einer Bordelle in Dresden festnehmen und in 4 Tagen 800 Mark in die „Kassation“ zurückgeben, an seinen Angestellten zurückzugeben brachte der Angeklagte vor, er habe sich durch Zurückbehaltung der Kassation als besonders tüchtig im Amte zeigen wollen. Gesagt hat er aber niemand etwas davon, weshalb ihm das Gericht nicht glaubte, daß er lediglich aus Ehrgeiz gehandelt habe. Sein Einwand, daß er die Angeklagte als eine ledigliche Privatperson angesehen habe, fand nichtig, er sei recht keinen Glauben. Seine Ansicht, sich das Geld rechtmäßig zu eignen, wurde als erwiesen angesehen, um so mehr, da er über 6000 Mk. Schulden hatte. Die Revision des Angeklagten mit juristischer und materieller Hilfe wurde am Donnerstag dem Reichsgericht verworfen, das das Urteil nach seiner Richtung hin einen Restitutions erlassen ließ.

**Beitrag 11. Juli. Aktion, Arbeiter!** Vom 15. Juli ab, also vom nächsten Donnerstag bis zum 30. Juli, liegt im Zimmer des Standesamts, Steinweg Nr. 7, die Liste der Wähler zu den nächsten Stadtverordnetenwahlen aus. Es hat während dieser Zeit jeder Einwohner, der Wahlberechtigt ist, oder der gleiches Recht hat, eine Aufnahme zu beantragen, falls er nicht eingetragen ist. Wir fordern nun alle Arbeiter auf, sich umgehend zu überzeugen, ob sie in die Liste eingetragen sind, denn es darf nur bei der im November stattfindenden Stadtwahl vornehmlich wählen, wer in der Liste steht. Wer nicht darin steht, ist sehr verurteilt, wenn er dann ein sehr wichtiges Recht nicht ausüben kann. Also, nachsehen! Und besonders diejenigen, die sich im vorigen oder in diesem Jahr naturalisieren ließen, müssen sich überzeugen, ob ihre Aufnahme in diese Liste erfolgt ist, denn es steht durchaus nicht fest, daß nach der erfolgten Naturalisation man auch der Verzeichnung in die Wahlliste ausgenommen ist.

Wer nicht selbst Einigkeit nehmen kann, soll seine Adresse bei irgendeinem beliebigen Genossen angeben, bei Rämpfe, Gerhart, Bindau, Dahler, Leopold, Deutscher u. i. w. Genosse sollen alle Genossen in den Verzeichnissen oder Jahrbüchern eine Liste zirkulieren lassen, auf der sich die Mitbürger einzeichnen, für alle diese mit dem Einverständnis einzeichnen, die nicht einzeichnen können. Leopold oder Rämpfe werden die Durchsicht dieser Listen nach dem Genossen Leopold abholen. Die Anfertigung dieser Listen muß aber auch schnellstens geschehen, die ausgefertigten Listen sind dann möglichst den Genossen Leopold oder Rämpfe zu überbringen, oder sie können auch an andere Genossen abgegeben werden, die sie dann einem der beiden Genossen anfertigen. Leopold oder Rämpfe werden die Durchsicht dieser Listen nach dem Genossen Leopold abholen. Die Anfertigung dieser Listen muß aber auch schnellstens geschehen, die ausgefertigten Listen sind dann möglichst den Genossen Leopold oder Rämpfe zu überbringen, oder sie können auch an andere Genossen abgegeben werden, die sie dann einem der beiden Genossen anfertigen. Leopold oder Rämpfe werden die Durchsicht dieser Listen nach dem Genossen Leopold abholen.

Wir erziehen alle Arbeiter, sofort an die Verhellung der Listen zu gehen, nicht aber erst in den letzten Tagen. Was geschehen muß, muß sofort geschehen. Will die Arbeiterchaft im November dieses Jahres die ihr mit allem Recht zustehenden Mandate gewinnen, dann muß sie den Sieg schon jetzt organisieren. Also wachsam!

**Beitrag 11. Juli. Ueberfahren wurde am Sonntag den 11. Juli in der Rottweilstraße der etwa 12jährige Knabe E. von einem mit Sand beladenen Fuhrwerk. Die Räder des Fuhrwerks über den Sandbeladenen Knaben über den Kopf, so daß der Knabe sofort erlag.**

**Beitrag 11. Juli. Erste und Fein Ende.** Seit Jahren hat sich die Schuhindustrie nicht wieder erholen können. Bankrotts, Arbeitsbeschränkungen und Arbeitsentlassungen sind an der Tagesordnung. Auch ist eine Besserung nicht abzusehen. Im Bereiche voriger Woche wurde für die Lagerverwaltung, den Auftrieb und den Verkauf folgenden Montag und Dienstag eine Umfrage über Arbeitsbeschränkungen gehalten. Von 87 Betrieben arbeiteten an genannten Tagen 30 Betriebe mit 757 Personen ohne Arbeitsbeschränkung. In 8 Betrieben mit 137 Personen wurde Montag nachmittags nicht gearbeitet. In 36 Betrieben mit 1181 Personen wurde am Montag überhaupt nicht gearbeitet und in 11 Betrieben mit 468 Personen wurde am 3. und 6. Juli 2 resp. 3 Tage nicht gearbeitet. Einige große Fabriken lassen bald diese bald jene Arbeitergruppen ausweisen. Die Firma Emil Bloth, G. m. b. H., mit circa 250 Personen hat gar vom 28. Juni bis 8. Juli, also 9 volle Tage, Inventur halber nicht arbeiten lassen. Eschingen, welche sich bisher nicht hatten lassen, werden ab jetzt, ab August, den Inventur verhängt und nie verläßt, schneidet sich über mandem teuren Saupie der Pleites geier.

Ueber Wälfingen hatten gegen 4000 Personen 8-10 Feiertage, leider ohne Fortzahlung des Lohns. Hier zeigt sich sehr deutlich, daß es immer nur der Arbeiter ist, welcher die Last trägt, wenn der Pleites halten soll. Die Arbeiter der Pleites sind am 30. Juni hatte der Pleites ein Opfer gebracht, indem sich ein falkter Arbeiter durch Freitod dem Pleites entzog. Die Arbeiterunterstützung des Verbands deutscher Schuhmacher wird außerordentlich in Anspruch genommen, die einzige Stelle, in welcher die Opfer der heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung noch etwas Ersatz finden können.

**Beitrag 11. Juli. Morb.** Am Sonntag gegen 6 Uhr nachmittags überfiel am Wege nach Burgwerben der circa 50jährige Fußweiber Karl Karoli seine Ehefrau und tötete sie durch eine Anzahl Stöße. Die Leiche weist keine Stöße in Hals und Brust auf. Der Mörder wurde in der Nacht verhaftet. — Karoli ist der Arbeiter als eltriger Arbeiter in G. in G. in G. bekannt, er war der Kolporteur ehemaliger Kandidaten.

**Beitrag 10. Juli. Ordnungsbefehle.** Im Osten sollte ein Bureau für die Polizeikommission besetzt werden. Die Genehmigung zur Anstellung wurde dem Regierungspräsidenten nachgesucht. Dieser versagte die Genehmigung und verlangte erst eine Regelung der Anstellungsbedingungen, bezuglich der Einweisung. Demnach wurde ihm bekannt, daß der Bureau für die Polizeikommission besetzt werden sollte. Die Anstellungsbedingungen wurden dem Regierungspräsidenten nachgesucht. Dieser versagte die Genehmigung und verlangte erst eine Regelung der Anstellungsbedingungen, bezuglich der Einweisung. Demnach wurde ihm bekannt, daß der Bureau für die Polizeikommission besetzt werden sollte.

**Beitrag 10. Juli. Ordnungsbefehle.** Im Osten sollte ein Bureau für die Polizeikommission besetzt werden. Die Genehmigung zur Anstellung wurde dem Regierungspräsidenten nachgesucht. Dieser versagte die Genehmigung und verlangte erst eine Regelung der Anstellungsbedingungen, bezuglich der Einweisung. Demnach wurde ihm bekannt, daß der Bureau für die Polizeikommission besetzt werden sollte. Die Anstellungsbedingungen wurden dem Regierungspräsidenten nachgesucht. Dieser versagte die Genehmigung und verlangte erst eine Regelung der Anstellungsbedingungen, bezuglich der Einweisung. Demnach wurde ihm bekannt, daß der Bureau für die Polizeikommission besetzt werden sollte.

**Beitrag 10. Juli. Ordnungsbefehle.** Im Osten sollte ein Bureau für die Polizeikommission besetzt werden. Die Genehmigung zur Anstellung wurde dem Regierungspräsidenten nachgesucht. Dieser versagte die Genehmigung und verlangte erst eine Regelung der Anstellungsbedingungen, bezuglich der Einweisung. Demnach wurde ihm bekannt, daß der Bureau für die Polizeikommission besetzt werden sollte. Die Anstellungsbedingungen wurden dem Regierungspräsidenten nachgesucht. Dieser versagte die Genehmigung und verlangte erst eine Regelung der Anstellungsbedingungen, bezuglich der Einweisung. Demnach wurde ihm bekannt, daß der Bureau für die Polizeikommission besetzt werden sollte.

**Beitrag 10. Juli. Ordnungsbefehle.** Im Osten sollte ein Bureau für die Polizeikommission besetzt werden. Die Genehmigung zur Anstellung wurde dem Regierungspräsidenten nachgesucht. Dieser versagte die Genehmigung und verlangte erst eine Regelung der Anstellungsbedingungen, bezuglich der Einweisung. Demnach wurde ihm bekannt, daß der Bureau für die Polizeikommission besetzt werden sollte. Die Anstellungsbedingungen wurden dem Regierungspräsidenten nachgesucht. Dieser versagte die Genehmigung und verlangte erst eine Regelung der Anstellungsbedingungen, bezuglich der Einweisung. Demnach wurde ihm bekannt, daß der Bureau für die Polizeikommission besetzt werden sollte.

**Beitrag 10. Juli. Ordnungsbefehle.** Im Osten sollte ein Bureau für die Polizeikommission besetzt werden. Die Genehmigung zur Anstellung wurde dem Regierungspräsidenten nachgesucht. Dieser versagte die Genehmigung und verlangte erst eine Regelung der Anstellungsbedingungen, bezuglich der Einweisung. Demnach wurde ihm bekannt, daß der Bureau für die Polizeikommission besetzt werden sollte. Die Anstellungsbedingungen wurden dem Regierungspräsidenten nachgesucht. Dieser versagte die Genehmigung und verlangte erst eine Regelung der Anstellungsbedingungen, bezuglich der Einweisung. Demnach wurde ihm bekannt, daß der Bureau für die Polizeikommission besetzt werden sollte.

**Beitrag 10. Juli. Ordnungsbefehle.** Im Osten sollte ein Bureau für die Polizeikommission besetzt werden. Die Genehmigung zur Anstellung wurde dem Regierungspräsidenten nachgesucht. Dieser versagte die Genehmigung und verlangte erst eine Regelung der Anstellungsbedingungen, bezuglich der Einweisung. Demnach wurde ihm bekannt, daß der Bureau für die Polizeikommission besetzt werden sollte. Die Anstellungsbedingungen wurden dem Regierungspräsidenten nachgesucht. Dieser versagte die Genehmigung und verlangte erst eine Regelung der Anstellungsbedingungen, bezuglich der Einweisung. Demnach wurde ihm bekannt, daß der Bureau für die Polizeikommission besetzt werden sollte.

**Beitrag 10. Juli. Ordnungsbefehle.** Im Osten sollte ein Bureau für die Polizeikommission besetzt werden. Die Genehmigung zur Anstellung wurde dem Regierungspräsidenten nachgesucht. Dieser versagte die Genehmigung und verlangte erst eine Regelung der Anstellungsbedingungen, bezuglich der Einweisung. Demnach wurde ihm bekannt, daß der Bureau für die Polizeikommission besetzt werden sollte. Die Anstellungsbedingungen wurden dem Regierungspräsidenten nachgesucht. Dieser versagte die Genehmigung und verlangte erst eine Regelung der Anstellungsbedingungen, bezuglich der Einweisung. Demnach wurde ihm bekannt, daß der Bureau für die Polizeikommission besetzt werden sollte.

**Beitrag 10. Juli. Ordnungsbefehle.** Im Osten sollte ein Bureau für die Polizeikommission besetzt werden. Die Genehmigung zur Anstellung wurde dem Regierungspräsidenten nachgesucht. Dieser versagte die Genehmigung und verlangte erst eine Regelung der Anstellungsbedingungen, bezuglich der Einweisung. Demnach wurde ihm bekannt, daß der Bureau für die Polizeikommission besetzt werden sollte. Die Anstellungsbedingungen wurden dem Regierungspräsidenten nachgesucht. Dieser versagte die Genehmigung und verlangte erst eine Regelung der Anstellungsbedingungen, bezuglich der Einweisung. Demnach wurde ihm bekannt, daß der Bureau für die Polizeikommission besetzt werden sollte.

**Beitrag 10. Juli. Ordnungsbefehle.** Im Osten sollte ein Bureau für die Polizeikommission besetzt werden. Die Genehmigung zur Anstellung wurde dem Regierungspräsidenten nachgesucht. Dieser versagte die Genehmigung und verlangte erst eine Regelung der Anstellungsbedingungen, bezuglich der Einweisung. Demnach wurde ihm bekannt, daß der Bureau für die Polizeikommission besetzt werden sollte. Die Anstellungsbedingungen wurden dem Regierungspräsidenten nachgesucht. Dieser versagte die Genehmigung und verlangte erst eine Regelung der Anstellungsbedingungen, bezuglich der Einweisung. Demnach wurde ihm bekannt, daß der Bureau für die Polizeikommission besetzt werden sollte.

**Beitrag 10. Juli. Ordnungsbefehle.** Im Osten sollte ein Bureau für die Polizeikommission besetzt werden. Die Genehmigung zur Anstellung wurde dem Regierungspräsidenten nachgesucht. Dieser versagte die Genehmigung und verlangte erst eine Regelung der Anstellungsbedingungen, bezuglich der Einweisung. Demnach wurde ihm bekannt, daß der Bureau für die Polizeikommission besetzt werden sollte. Die Anstellungsbedingungen wurden dem Regierungspräsidenten nachgesucht. Dieser versagte die Genehmigung und verlangte erst eine Regelung der Anstellungsbedingungen, bezuglich der Einweisung. Demnach wurde ihm bekannt, daß der Bureau für die Polizeikommission besetzt werden sollte.







Wähler der Volkspartei und der Arbeiter  
... über die Reichsfinanzreform, (Sehr richtig, b. d. Soz.) Solange die Reichsfinanzreform im  
Stand, stimmen die Herren mit uns für die Fortsetzung des  
Goldens und Beamtens. (Sehr richtig, b. d. Soz.)  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

Die Reichsfinanzreform ist die wichtigste  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Wir würden uns über  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Seit einer Reihe von Jahren ist  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Unter der Konzeption einer allgemeinen Besteuerung, waren  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Unter der Konzeption einer allgemeinen Besteuerung, waren  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Bei der letzten Finanzreform  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

### Gewerkschaftliches.

Der Verband der Schuhmacher  
hatte bei einer Zunahme von 313 Mitgliedern im Jahre 1908  
ein günstiges Ergebnis im organisatorischen Fortschritt zu  
verzeichnen. Als im Vorjahre, das einen Zuwachs von nur  
87 Mitgliedern brachte. Den Hauptanteil an dieser Mitglieder-  
zunahme haben die weiblichen Mitglieder mit 271, die über-  
haupt mit ihren 2371 Mitgliedern ein großes Kontingent der  
Gesamtmitglieder im Verbands stellen, die an Jahres-  
beiträgen 7206 betrug.

Die Kreise bei aus diesem Verbands die Verbesserungen der  
Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpft; weitere Kreise um-  
fassende Lohnbewegungen konnten nicht unternommen werden.  
Die Bewegungen haben nur einem kleinen Teile der Mitglieder  
Erfolge gebracht. — Durch die Lohnbewegungen wurde das Ver-  
dienstes für 43 Personen um 175 Pf. pro Woche und für 18 Be-  
teiligte sonstiges, 478 Pf. Strafe wurde 4082 Pf., für Ge-  
samtheitsbeiträge 2094 Pf. herausgebracht. — Von den Gesamteinnahmen  
des Verbands und seiner Unterabteilungen sind 75 Prozent  
den Mitgliedern in Form von Unterstützungen wieder zuge-  
flossen. Einer Einnahme von 127 000 M. steht eine Ausgabe  
von 124 000 M. gegenüber. Der Vermögensbestand des Ver-  
bands betrug bei einer Zunahme von rund 8000 M. insgesamt  
172 800 M. Die Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung stieg  
von 52 000 M. im Jahre 1907 auf 73 200 M. im Berichtsjahre.  
Die Invalidentafel, die 61 invalide Berufsgenossen zu unter-  
stützen hat, darunter einen Sohn seit 1886, verzeichnete aus  
Beiträgen 7050 M. und bezugsfähig an Unterhaltungen  
9402 M. Zu den Einnahmen kommen noch 1410 M. Zinsen  
und 1000 M. aus der Zentralfasse, so daß Einnahmen und  
Ausgaben sich die Waage halten und bei 49 500 M. betragende  
Kassenbestand der gleiche ist wie im Vorjahre. Die Kassen-  
zusuführung hatte bei 33 700 M. Nettocinnahmen 38 600 M.  
Ausgaben und einen Bestand von 37 800 M. Die Trans-  
ferbestände hatte bei 4300 M. Einnahmen 1329 M. Ausgaben  
und einen Kassenbestand von 89 788 M.

Der Vorstand appelliert zum Schluß seines Berichtes an die  
Mitglieder, eine rege Agitation für den Verband zu entfalten,  
um den wirtschaftlichen Aufschwung, der aufsehend jetzt im  
Gewerbe eintritt, zur Verbesserung und Regelung der Arbeits-  
bedingungen auszunutzen zu können.

### Organisationsjubiläum des Steinarbeiterverbands.

Am 6. Juli waren es 26 Jahre, daß die Organisation der  
Steinarbeiter sich eine genossenschaftliche Form gab. Noch während  
des Sozialkrieges, das die letzten Reize des früheren Steinar-  
bewerbes vernichtete, im Jahre 1884, trat in Halle a. S.  
22 Delegierte zusammen, um die Gründung des Zentralver-  
bandes zu beschließen. Das lobenswerte Interesse für die  
zentrale Organisation wurde in Sachsen befruchtet. Im Jahre  
1889 schon 10 000 Mitglieder zahlend, vergrößert der Verband  
gegenwärtig 15 000 Berufsgenossen, von denen die Arbeiter  
in der Maxdorf- und Grödenstraße eine die Hälfte stellen.  
Mit 374 673 M. Einnahmen, 272 498 M. Ausgaben und einem  
Kassenbestande in der Hauptkasse von 453 567 M. schließt der  
Etat des Jahres 1908 ab, und zeigt damit, daß die Einnahmen  
innerhalb dieser 10 Jahre sich mehr als verdoppelt haben, die  
Ausgaben nicht ganz um das Doppelte gestiegen sind, der  
Kassenbestand sich dagegen um mehr als das 40fache erhöht hat.  
Aber nicht nur in organisatorischer Fortentwicklung hat der  
Verband großes geleistet, auch auf sozialpolitischen Gebiete  
hat er für die Berufsgenossenschaft Bedeutendes geschaffen.  
Auf Anregung der Organisation ist durch die züglichen Unter-  
stützungen des Herrn Prof. Dr. Sommerfeld festgesetzt worden,  
daß beinahe 75 Proz. der unterstehenden Steinarbeiter an strom-  
igem Reklipflaktort und an Arbeitslosenunterstützung litten, und  
kam damit die Denkschrift an den Bundesrat zustande, die denn  
auch zur Folge hatte, daß im Jahre 1902 bundesrechtliche Ver-  
ordnungen zum Schutze der durch die schweren Gefahren des  
Brenns an Leben und Gesundheit so sehr gefährdeten Steinar-  
arbeiter erlassen wurden. Eine weitere Einwirkung an den Bundes-  
rat vom November vorigen Jahres hatte den Erfolg, daß ein-  
gige Bundesratsbestimmungen präzipiert wurden und mit  
dem 1. Juli d. J. in Kraft getreten sind, so daß die Steinar-  
arbeiter Schutz vor Beschäftigung in Kaminen.

So hat die Organisation sich allseitig als treuer Hort für  
die Mitglieder und als mannhafter Vertreter ihrer Berufs-  
interessen erwiesen. In ihrer Pflichterfüllung steht ihr heute  
noch der Zentralvorstand, Genosse Lange, vor, der in diesen  
Jahren ebenfalls auf eine würdige Tätigkeit im Verbands zu-

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

... (Sehr richtig, b. d. Soz.) Die Verbindung der Reichshandlungen  
... (Sehr richtig, b. d. Soz.)

Das beste Rasenmähdemittel  
MAGGI'S WÜRZE  
Sowohl in Reinheit des Geschmacks, als auch in  
Ausgiebigkeit und Billigkeit steht sie unerreicht da.  
Vorteilhaftester Weg in großen plombierten Fässern.  
„MAGGI“ gute, spanische Küche



